



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 23.12.2005  
KOM(2005)699 endgültig

**BERICHT DER KOMMISSION**

**an die Haushaltsbehörde über die Garantien aus dem Gesamthaushaltsplan  
Stand: 30. Juni 2005**

**{SEC(2005)1769}**

## INHALTSVERZEICHNIS

Teil I: Seit Vorlage des letzten Berichts (Stand: 31. Dezember 2004) eingetretene Ereignisse, Entwicklung der Risikosituation und effektive Inanspruchnahme der Haushaltsgarantie.....		3
1.	Einleitung: Art der Transaktionen.....	3
2.	Seit Vorlage des letzten Berichts (Stand 31. Dezember 2004) eingetretene Ereignisse	3
3.	Risikosituation .....	4
3.1.	Ausstehender Kapitalbetrag zum 30. Juni 2005.....	4
3.2.	Jährliches Maximalrisiko für den Unionshaushalt aus den bis zum 30. Juni 2005 ausgezahlten Darlehen (siehe Tabelle A2 im Anhang).....	5
3.3.	Theoretisches jährliches Maximalrisiko für den Unionshaushalt aus den bis zum 30. Juni 2005 ausgezahlten oder beschlossenen Darlehen (siehe Tabelle A3 im Anhang).....	5
4.	Effektive Inanspruchnahme der Haushaltsgarantie.....	5
4.1.	Rückgriff auf Kassenmittel .....	5
4.2.	Inanspruchnahme des Garantiefonds .....	5
5.	Analyse der theoretischen Darlehens- und Garantiekapazität der Gemeinschaft zugunsten von Drittländern.....	6
6.	Stand des Garantiefonds zum 30. Juni 2005 .....	6
7.	Relative Solidität.....	7
Teil II: Evaluierung der potenziellen Risiken: Allgemeine Wirtschafts- und Finanzlage der Drittländer, die Empfänger der umfangreichsten Darlehen sind.....		8
1.	Einleitung .....	8
2.	Kandidatenländer .....	8
3.	Westliche Balkanländer .....	8
4.	Neue unabhängige Staaten .....	9

# **Teil I: Seit Vorlage des letzten Berichts (Stand: 31. Dezember 2004) eingetretene Ereignisse, Entwicklung der Risikosituation und effektive Inanspruchnahme der Haushaltsgarantie<sup>1</sup>**

## **1. EINLEITUNG: ART DER TRANSAKTIONEN**

Die aus dem Unionshaushalt gedeckten Risiken betreffen unterschiedliche Darlehens- und Garantietransaktionen, die sich in zwei Kategorien einteilen lassen: Darlehen der Europäischen Gemeinschaften mit makroökonomischen Zielen (Darlehen an die Mitgliedstaaten zur Stützung der Zahlungsbilanz sowie Finanzhilfedarlehen an Drittländer) und Darlehen mit mikroökonomischen Zielen (Euratom-Darlehen und Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB)<sup>2</sup> in Drittländern).

## **2. SEIT VORLAGE DES LETZTEN BERICHTS (STAND 31. DEZEMBER 2004) EINGETRETENE EREIGNISSE**

Im Bereich der Finanzhilfen für Drittländer erging kein neuer Beschluss des Rates. Auf der Grundlage des bereits ergangenen Beschlusses zugunsten von Serbien und Montenegro erfolgte eine Darlehensauszahlung in Höhe von 15 Mio. EUR.

Ausgezahlt wurden insgesamt 22 Mio. EUR in Form von Zuschüssen: 15 Mio. EUR für Bosnien und Herzegowina und 7 Mio. EUR für Tadschikistan.

Im Bereich der Euratom-Darlehen erfolgte auf der Grundlage eines bereits ergangenen Beschlusses zugunsten von Bulgarien (Kozloduy) eine Darlehensauszahlung von 25 Mio. EUR. Zudem wurden gemäß einer Entscheidung der Kommission<sup>3</sup> zwei Kredittranchen an Rumänien ausgezahlt (Cernavodă, 100 Mio. EUR und 90 Mio. EUR).

Was die EIB-Darlehensmandate anbetrifft, so hat der Rat am 22. Dezember 2004<sup>4</sup> eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für bestimmte Vorhaben in Russland, der Ukraine, der Republik Moldau und Belarus beschlossen. Die allgemeine Obergrenze wurde auf 500 Mio. EUR festgesetzt. Am 23. Mai 2005 entschied die Kommission, dass Russland und die Ukraine nach diesem Beschluss förderfähig sind<sup>5</sup>.

Am 12. April 2005 billigte die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen<sup>6</sup> zur Änderung des Dotierungsmechanismus des Fonds. Das Hauptziel dieses Vorschlags besteht in der Verbesserung der Effizienz beim Einsatz der Haushaltsmittel. Nach diesem Vorschlag würde der Fonds nachträglich auf Grundlage der ausstehenden Beträge für die garantierten Darlehen dotiert werden.

---

<sup>1</sup> Der Anhang enthält ein Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen mit detaillierten Tabellen und Erläuterungen zu diesem Bericht.

<sup>2</sup> Nähere Angaben zu den Darlehensmandaten der EIB enthält Tabelle A1 im Anhang.

<sup>3</sup> C(2004) 891/2 vom 30. März 2004

<sup>4</sup> ABl. L 21, 25.01.05, S. 11

<sup>5</sup> C(2005) 1499

<sup>6</sup> KOM(2005) 130

In Einklang mit der Mitteilung der Kommission zur Finanziellen Vorausschau 2007-2013<sup>7</sup> wird der Finanzierungsbetrag des Garantiefonds in Zukunft theoretisch nicht beschränkt sein, denn der Garantiefonds wird aus einer zu Rubrik 4 (Außenbeziehungen) gehörenden Haushaltslinie alimentiert werden und nicht mehr wie bisher aus einer zweckgebundenen Reserve.

### 3. RISIKOSITUATION

Die nachstehende Risikoanalyse basiert auf den eingeführten Kennzahlen des ausstehenden Kapitalbetrags sowie des jährlichen und des theoretischen jährlichen Maximalrisikos für den Gemeinschaftshaushalt (die Methodik wird in dem Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen näher erläutert). Die genauen Zahlenangaben enthalten die Tabellen A1, A2 und A3 im Anhang.

#### 3.1. Ausstehender Kapitalbetrag zum 30. Juni 2005

Zum 30. Juni 2005 belief sich das Gesamtrisiko auf 16.333 Mio. EUR gegenüber 15.284 Mio. EUR zum 31. Dezember 2004.

In der nachstehenden Tabelle sind die Transaktionen aufgeführt, die sich seit Vorlage des letzten Berichts auf die Höhe des ausstehenden Kapitalbetrags ausgewirkt haben.

<b>Tabelle 1: Ausstehender Kapitalbetrag zum 30. Juni 2005*</b>	<b>Mio. EUR (gerundet)</b>
Ausstehender Kapitalbetrag zum 31. Dezember 2004	15.284
Rückzahlung von Darlehen	
Euratom	0
Finanzhilfen	-38
EIB	-561
Auszahlung von Darlehen	
Euratom	215
Finanzhilfen	15
EIB	1.565
Veränderung des Wechselkurses der übrigen Darlehenswährungen gegenüber dem Euro	-147
<b>Ausstehender Betrag zum 30. Juni 2005</b>	<b>16.333</b>

\* Sämtliche garantierten Darlehen (an Mitgliedstaaten und Drittländer), ohne fällige, nicht gezahlte Zinsen und ohne Zahlungsausfälle

Der ausstehende Kapitalbetrag aus Darlehen an die Mitgliedstaaten belief sich zum 30. Juni 2005 auf 3.214 Mio. EUR gegenüber 3.360 Mio. EUR zum 31. Dezember 2004.

<sup>7</sup> KOM (2004) 487 vom 14.07.2004

Der ausstehende Kapitalbetrag aus Darlehen an Drittländer belief sich zum 30. Juni 2005 auf 13.119 Mio. EUR gegenüber 11.924 Mio. EUR zum 31. Dezember 2004.

### **3.2. Jährliches Maximalrisiko für den Unionshaushalt aus den bis zum 30. Juni 2005 ausgezahlten Darlehen (siehe Tabelle A2 im Anhang)**

- Für das zweite Halbjahr 2005 beläuft sich das jährliche Maximalrisiko auf insgesamt 1.053 Mio. EUR.
- Das Risiko aus Transaktionen zugunsten der Mitgliedstaaten beläuft sich insgesamt auf 265 Mio. EUR.
- Bei den Transaktionen zugunsten von Drittländern beträgt das Gesamtrisiko 789 Mio. EUR.

### **3.3. Theoretisches jährliches Maximalrisiko für den Unionshaushalt aus den bis zum 30. Juni 2005 ausgezahlten oder beschlossenen Darlehen (siehe Tabelle A3 im Anhang)**

- Im zweiten Halbjahr 2005 beläuft sich das theoretische jährliche Maximalrisiko auf 1.103 Mio. EUR. Bis 2013 wird unter bestimmten Umständen ein Anstieg auf bis zu 3.480 Mio. EUR erwartet.
- Das theoretische jährliche Maximalrisiko aus Transaktionen zugunsten der Mitgliedstaaten entspricht dem in Ziffer 3.2 genannten jährlichen Maximalrisiko.
- Bei den Transaktionen zugunsten von Drittländern beträgt das theoretische jährliche Maximalrisiko im zweiten Halbjahr 2005 839 Mio. EUR. Bis 2013 wird mit einem Anstieg auf bis zu 3.253 Mio. EUR gerechnet.

## **4. EFFEKTIVE INANSPRUCHNAHME DER HAUSHALTSGARANTIE**

### **4.1. Rückgriff auf Kassenmittel**

Die Kommission leistet im Rahmen des Schuldendienstes Zahlungen aus ihren Kassenmitteln<sup>8</sup>, um bei Zahlungsverzug eines ihrer Schuldner Zahlungsrückstände und dadurch bedingte Kosten zu vermeiden.

### **4.2. Inanspruchnahme des Garantiefonds**

Durch die geänderte Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 wurde ein Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen eingerichtet. Kommt der Empfänger eines von der Gemeinschaft gewährten oder garantierten Darlehens seinen Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht nach, so kann der Garantiefonds in Anspruch genommen werden, der binnen drei Monaten nach Fälligkeitstermin die erforderliche Zahlung anstelle des säumigen Schuldners leistet<sup>9</sup>.

---

<sup>8</sup> Gemäß Artikel 12 der geänderten Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 94/728/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften

<sup>9</sup> Weitere Einzelheiten finden sich in Abschnitt 2.5 des Anhangs.

Während des ersten Halbjahres 2005 wurde der Garantiefonds nicht in Anspruch genommen, da bei diesen Darlehen kein Zahlungsausfall eintrat.

## 5. ANALYSE DER THEORETISCHEN DARLEHENS- UND GARANTIEKAPAZITÄT DER GEMEINSCHAFT ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN

Durch den Garantiefondsmechanismus wird die Darlehens- und Garantiekapazität der Gemeinschaft zugunsten von Drittländern de facto eingeschränkt, da die Mittel, die zur Dotierung des Fonds bereitgestellt werden können, den in der aktuellen Finanziellen Vorausschau unter der Rubrik „Garantiefonds“ eingesetzten Betrag nicht überschreiten dürfen.<sup>10</sup>

Tabelle A4 des Anhangs gibt einen Überblick über die voraussichtliche Darlehenskapazität der Gemeinschaft zugunsten von Drittländern – in Übereinstimmung mit dem Garantiefondsmechanismus – im Zeitraum 2005-2006. Die hierbei verwendeten Berechnungsmethoden sowie die entsprechenden Rechtsvorschriften werden im Anhang zu diesem Bericht im Einzelnen erläutert.

Aus Tabelle 2 geht hervor, dass sich die Kapitalverbindlichkeiten aus Darlehens- und Garantietransaktionen zugunsten von Drittländern zum 30. Juni 2005 auf 13.245 Mio. EUR belaufen.

<b>Tabelle 2: Kapitalverbindlichkeiten aus Darlehens- und Garantietransaktionen zugunsten von Drittländern in Mio. EUR (gerundet)</b>	
1. Kapitalverbindlichkeiten EG (Finanzhilfen), Euratom	1.576
2. Kapitalverbindlichkeiten EIB	11.543
3. Zahlungsausfälle	0
4. Verzugszinsen	1
5. Fällige, nicht gezahlte Zinsen*	125
<b>Ausstehender Betrag zum 30. Juni 2005</b>	<b>13.245</b>

\* Fällige, nicht gezahlte Zinsen im Sinne der Verordnung zur Einrichtung des Garantiefonds

Das Verhältnis zwischen Fondsmitteln und Verbindlichkeiten im Sinne der Garantiefondsverordnung lag damit bei 9,8% und überstieg folglich den in der Verordnung Nr. 1149/1999 zur Änderung der Verordnung Nr. 2728/94 festgelegten Zielwert von 9 %. Die Verordnung sieht vor, dass der zum Jahresende überschüssige Betrag einer besonderen Haushaltslinie des Einnahmenansatzes des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union zugewiesen wird.

<sup>10</sup> In der Finanziellen Vorausschau 2000-2006 ist ein jährlicher Betrag von 200 Mio. EUR zu Preisen von 1999 vorgesehen; 2005 beläuft sich der Betrag auf 223 Mio. EUR.

## 6. STAND DES GARANTIEFONDS ZUM 30. JUNI 2005

Zum 30. Juni 2005 belief sich das Aufkommen im Garantiefonds auf 1.298,35 Mio. EUR. Im ersten Halbjahr 2005 entwickelte sich der Fonds wie folgt:

- Am 10. Januar 2005 wurde ein Betrag 338.831.402,07 EUR an den Haushalt zurücküberwiesen. Dies entspricht 9% der den neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 (3.764.793.356,32 EUR) gemäß Verordnung Nr. 2273/2004<sup>11</sup> gewährten ausstehenden Darlehen.
- Es entstanden Nettoerträge aus Anlagen des Fonds zum 30. Juni 2005 in Höhe von 25,1 Mio. EUR.

Am 30. Juni 2005 beliefen sich die Zahlungsrückstände, d. h. Strafzinsen, der Argentinischen Republik auf insgesamt 1.718.493,12 USD (dies entspricht 1 261 649,75 EUR).

## 7. RELATIVE SOLIDITÄT

Das Verhältnis zwischen den bis zum 30. Juni 2005 in den Garantiefonds eingezahlten Mitteln (1.298,35 Mio. EUR) und dem theoretischen jährlichen Maximalrisiko des Jahres 2005 aus Darlehen an Drittländer (839 Mio. EUR) wird auf 77% veranschlagt (siehe Tabelle A3 im Anhang)<sup>12</sup>.

---

<sup>11</sup> ABl. L 396 vom 31.12.2004

<sup>12</sup> Hinweis: Das in Tabelle A3 ausgewiesene theoretische jährliche Maximalrisiko des Jahres 2005 bezieht sich lediglich auf das zweite Halbjahr 2005. Im Interesse der Vergleichbarkeit wurde der betreffende Betrag für den genannten Vergleich auf 12 Monate umgerechnet.

## Teil II: Evaluierung der potenziellen Risiken: Allgemeine Wirtschafts- und Finanzlage der Drittländer, die Empfänger der umfangreichsten Darlehen sind

### 1. EINLEITUNG

Die in Teil I dieses Berichts genannten Zahlen informieren über die quantitativen Aspekte der Risiken, die den Gemeinschaftshaushalt belasten. Daneben ist jedoch auch die Qualität der Risiken zu berücksichtigen, die mit der Art der jeweiligen Transaktionen und der Bonität der Darlehensnehmer zusammenhängt. Das Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen<sup>13</sup> enthält Tabellen zur Länderisikobewertung. Im Folgenden wird diese Analyse kurz zusammengefasst. Ziffer 3.1 des Anhangs enthält einen Abschnitt, in dem die Situation der übrigen Drittländer analysiert wird.

### 2. KANDIDATENLÄNDER

Nach der Vorausschätzung der Kommission für **Bulgarien** ist für 2005 ein Wachstum von 6,0% zu erwarten, dessen Hauptantriebsmotor vorwiegend die auf die expansive Finanz- und Lohnpolitik zurückzuführende starke Inlandsnachfrage ist. Das Leistungsbilanzdefizit belief sich im Jahr 2004 auf 7,4% des BIP und dürfte 2005 aufgrund des weiterhin starken Anstiegs der Einfuhren auf 8,5% steigen. Die Direktinvestitionen betragen 2004 8,4% des BIP, während die Auslandsschulden des Landes Ende 2004 leicht auf 63,0% des BIP zunahmen.

Für 2005-2006 lassen die wirtschaftlichen Aussichten für **Rumänien** ein anhaltendes Wirtschaftswachstum von 5-6% (nach 5,3% im Jahr 2004) und einen weiteren Anstieg des Leistungsbilanzdefizits (7,5% des BIP im Jahr 2004) erwarten, der durch hohe Direktinvestitionen von 7,1% des BIP und einen moderaten Anstieg der Auslandsverschuldung auf 37% des BIP unterstützt wird.

In der **Türkei** war 2004 ein reales BIP-Wachstum von 8,9% zu verzeichnen. Im ersten Quartal 2005 verringerte sich das Wachstum auf 4,8%. Für 2005 ist den Vorausschätzungen der Kommission zufolge ein Wachstum von 5% zu erwarten, das hauptsächlich auf Investitionen und dem privaten Verbrauch beruht. Das Leistungsbilanzdefizit belief sich 2004 auf 5,2% des BIP und dürfte 2005 aufgrund der höheren Energiepreise und dem steigenden Bedarf an Einfuhren nur geringfügig auf knapp 6% zulegen. Die Direktinvestitionen beliefen sich auf 0,5% des BIP und trugen zu einem Rückgang der Auslandsverschuldung Ende 2004 auf 46% des BIP bei.

### 3. WESTLICHE BALKANLÄNDER

Das reale BIP-Wachstum in **Bosnien-Herzegowina** dürfte wie 2004 etwa 5% betragen. Das Leistungsbilanzdefizit belief sich wie 2004 unverändert auf 23% des BIP und dürfte 2005 dank der positiven Ausfuhrentwicklung und des langsameren Anstiegs der Einfuhren etwas sinken. Die Direktinvestitionen beliefen sich 2004 auf 7% des BIP. Bei der

---

<sup>13</sup> SEK (2005) ...



Auslandsverschuldung des Landes war Ende 2004 ein weiterer Rückgang auf 30% des BIP zu verzeichnen, die inländische Gesamtverschuldung dürfte jedoch schon in naher Zukunft aufgrund der Begleichung hoher Verbindlichkeiten deutlich steigen.

Die **ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien** konnte im ersten Halbjahr ein Wachstum von 3,7% verbuchen, das mit der Prognose des IWF von 3,7% für 2005 in Einklang steht. Im zweiten Quartal beschleunigte sich das Wachstum hauptsächlich aufgrund des höheren Outputs der Industrie und der Dienstleistungssektoren. 2004 belief sich das Leistungsbilanzdefizit auf 7,7% des BIP. Für 2005 wird aufgrund des Anstiegs der Ausfuhren ein weiterer Rückgang erwartet. Die Direktinvestitionen betragen 2004 2,8% des BIP, während die Auslandsschulden des Landes Ende 2004 auf 38% des BIP sanken.

**Serbien und Montenegro** konnten 2004 ein reales BIP-Wachstum von 7,2% verbuchen, während der IWF für 2005 ein Wachstum von 4,6% erwartet, das vorwiegend auf der starken Inlandsnachfrage und einer sich positiv entwickelnden Handelsbilanz beruht. Das Leistungsbilanzdefizit belief sich im Jahr 2004 auf 13% des BIP und dürfte 2005 aufgrund der positiven Ausfuhrentwicklung auf 9,5% steigen. Die Direktinvestitionen betragen 2004 4,3% des BIP, während die Auslandsschulden des Landes Ende 2004 auf 62% des BIP sanken.

#### 4. NEUE UNABHÄNGIGE STAATEN

In **Armenien** war 2004 und Anfang 2005 ein unverändertes reales BIP-Wachstum von knapp 10% zu verzeichnen; während die Regierung im Jahr 2005 gemäß der Strategie zur Armutsbekämpfung die Sozial- und Investitionsausgaben erhöht, dürfte das Haushaltsdefizit weiterhin weniger als 3% des BIP betragen. Das Leistungsbilanzdefizit verringerte sich 2004 auf 4,7% des BIP und die Bruttowährungsreserven der Zentralbank von Armenien entsprechen dem Einfuhrbedarf von fast vier Monaten. Die Auslandsschulden des Staates entsprechen 2005 etwa 29% des BIP (gegenüber circa 33% im Jahr 2004).

In **Georgien** kurbelt der Bau von Öl- und Gas-Pipelines weiterhin das Wachstum an, gleichzeitig wird dadurch allerdings ein deutlicher Anstieg des Leistungsbilanzdefizits verursacht (aufgrund des hohen Einfuhrbedarfs für den Bau) - 11,8% des BIP im Jahr 2005 gegenüber 8,1% im Jahr 2004. Für 2005 hat die Regierung erhebliche Ausgabenerhöhungen geplant (Sozialprogramme, Verteidigung, Infrastruktur), die zu einem veranschlagten Defizit von 4,8% des BIP führen werden. Die Bruttowährungsreserven wurden 2004 auf annähernd den Einfuhrbedarf von zwei Monaten erhöht. Die Auslandsschulden des Staates in Relation zum BIP betragen Ende 2004 circa 36% (46% im Jahr 2003).

In **Belarus** war im Jahre 2004 ein BIP-Wachstum von 11,0% zu verzeichnen. Für 2005 wird ein Wachstum von 9% erwartet (woraus sich ein reales BIP-Wachstum von insgesamt circa 80% seit 1996 ergibt). Die gesamtstaatlichen Konten wiesen wiederum einen Überschuss auf, der sich bis Mitte 2005 auf 2,7% des BIP gegenüber 1,8% im Jahr 2004 belief. Die größtenteils kurzfristigen Auslandsschulden sind mit einer Schuldenquote im Verhältnis zum BIP von unter 20% weiterhin moderat. Trotz dieser Verbesserung ist die Volkswirtschaft des Landes weiterhin mit verschiedenen Problemen konfrontiert, z. B. sind die Devisenreserven sehr niedrig und entsprechen dem Einfuhrbedarf von weniger als einem Monat.

Beim BIP-Wachstum der **Republik Moldau**, das sich im Jahr 2004 auf mehr als 7% belief, wird für 2005 mit einem Rückgang auf 6% gerechnet. Die Inflation hält sich weiterhin im zweistelligen Bereich. Aufgrund der höheren auf Einfuhren erhobenen Steuern wird für 2005 wieder ein Haushaltsüberschuss erwartet. Infolge der Wechselkursaufwertungen und des BIP-

Wachstums dürfte die Auslandsverschuldung Ende 2005 nur etwa ein Drittel des BIP ausmachen.

Nach einem Rekordwert von 12% im Jahr 2004 wird in der **Ukraine** für 2005 mit einem realen BIP-Wachstum von lediglich 5,5 bis 6% gerechnet. Die Ziele der Regierung für die Erhebung von Einnahmen im ersten Halbjahr 2005 wurden erreicht und daher scheint ein veranschlagtes Defizit von 2,5% des BIP realistisch zu sein. Die Zahlungsbilanz ist solide und für die Leistungsbilanz wird auch für 2005 ein hoher Überschuss erwartet (7% des BIP gegenüber 10,5% im Jahr 2004). Die de facto-Anbindung der Währung des Landes an den US-Dollar führt zu einer raschen Erhöhung der Devisenreserven, die dem Einfuhrbedarf von dreieinhalb Monaten entsprechen. Bei der Auslandsverschuldung des Staates in Relation zum BIP wird für 2005 ein weiterer Rückgang auf etwa 16% erwartet (gegenüber etwa 19% im Jahr 2004).

Die Volkswirtschaft **Tadschikistans** kann trotz der dämpfenden Auswirkungen der sich verschlechternden außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen 2005 weiterhin ein starkes Wachstum verzeichnen. Für das Gesamtjahr wird ein reales BIP-Wachstum von 7% erwartet (gegenüber 10,6% im Jahr 2004). 2005 soll das Haushaltsdefizit auf 0,5% des BIP begrenzt werden. Dank der erfolgreichen bilateralen Schuldenvereinbarungen mit Russland - Tadschikistans größtem Gläubiger – sowie Pakistan sind die Auslandsschulden von 66,3% des BIP im Jahr 2003 auf 41,1% im Jahr 2004 gesunken. Für 2005 werden 38,4% erwartet. Nach einem Anstieg auf 4% des BIP im Jahr 2004 hat das Leistungsbilanzdefizit im ersten Quartal 2005 weiter zugelegt. Dies ist auf einen starken Anstieg des Handelsdefizits zurückzuführen.